



Liebe Leserinnen und Leser, der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages hat am Mittwoch beschlossen, dass die Hesse-Orgel in der St. Andreas Kirche zu Ermstedt mit 60.000 € aus dem Denkmalschutz-Sonderprogramm gefördert wird. Die Kirche in Ermstedt, den engagierten Förderverein und die Kirchgemeinde konnte ich bei vielen Terminen kennenlernen. Ich freue mich, dass die ehrenamtliche Arbeit mit der Restaurierung der Orgel nun eine wichtige Unterstützung erhält. Seit fast vier Jahrzehnten ist das einzigartige Instrument leider stillgelegt und unspielbar. Für Gottesdienste und Konzerte soll die Orgel in Zukunft wieder spielbar gemacht werden und so das kulturelle Leben im Ort und der Region bereichern.

Ihre

Finanzpolitische Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

## Zugang für Unternehmen zu Kapitalmärkten erleichtert

Am Donnerstag haben wir die EU-Prospektverordnung und Änderungen von Finanzmarktgesetzen beschlossen.

Damit erleichtern wir gerade für kleine und mittleren Unternehmen den Zugang zu den Kapitalmärkten und somit zu einer größeren Vielfalt an Finanzierungsquellen.

Gleichzeitig erhöhen wir den Anlegerschutz, unter anderem indem Anleger in übersichtlicher und leicht verständlicher Form über ihre Anlage informiert werden.

Auch für den Bereich Crowdfunding konnten wir Verbesserungen durchsetzen. Künftig muss erst ab einer Emission von 6 Mio. € ein aufwändiger Prospekt erstellt werden. Diese Grenze lag vorher bei 2,5 Mio. €. Damit wird gerade für Startups die Kapitalaufnahme durch Schwarmfinanzierung erleichtert.

Anleger werden durch die Informationen im Vermögensanlagen-Informationsblatt besser geschützt, indem beispielsweise die schuldrechtliche bzw. dingliche Besicherung bei Investitionen zur Immobilienfinanzierung ausgewiesen werden muss.

Der Anlegerschutz wird auch durch eine stärkere Entflechtung von Emittent und Crowdfunding-Plattform verbessert.

## Renten steigen

In der vergangenen Woche wurde die Erhöhung der Renten in den alten Bundesländern um 3,18 % und in den neuen Bundesländern um 3,91 % und damit erneut über der Inflationsrate beschlossen.

Die Rentenangleichung in Ostdeutschland schreitet ebenfalls weiter wie geplant voran.

Eine gute Nachricht ist es auch, dass das Rentenniveau mit künftig 48,16 % gegenüber dem Vorjahr sogar leicht ansteigen wird.

.....

## Verbesserungen beim Wohngeld

In dieser Woche haben wir den Gesetzentwurf eines Wohngeldstärkungsgesetzes auf den Weg gebracht.

Neben der allgemeinen Leistungserhöhung enthält der Gesetzentwurf eine Dynamisierung des Wohngeldes sowie die Einführung einer neuen Mietstufe VII. Für einen Zweipersonenhaushalt steigt das Wohngeld beispielsweise von 145 € auf 190 €.

Künftig soll das Wohngeld alle zwei Jahre per Verordnung an die Bestandsmieten und Einkommensentwicklung angepasst werden. Durch eine neue Mietstufe können Haushalte in Gemeinden und Kreisen mit hohen Mieten künftig stärker bei den Wohnkosten entlastet werden.

Damit soll das Wohngeld als wirksames Instrument des sozialen Ausgleichs auf dem Wohnungsmarkt noch attraktiver gestaltet werden.

Von den Verbesserungen des Gesetzentwurfes werden voraussichtlich 660.000 Haushalte profitieren.

### Fachkräfteeinwanderung

Vor dem Hintergrund eines umfangreichen Fachkräftebedarfs ist Deutschland auf Fachkräfte aus dem Ausland angewiesen.

Mit dem aktuellen Gesetzentwurf soll der bestehende Rahmen für eine bedarfsgerechte Zuwanderung von Fachkräften aus Drittstaaten maßvoll erweitert werden.

Vor allem die Zuwanderungsmöglichkeiten für Fachkräfte mit qualifizierter Berufsausbildung werden ausgebaut.

Zur Verbesserung der Verfahren sollen die Länder künftig für die Fachkräftezuwanderung mindestens je eine zentrale Ausländerbehörde einrichten.

Zudem wird ein beschleunigtes Verfahren geschaffen, welches durch die Arbeitgeber bei der Ausländerbehörde betrieben werden kann.

### Bundesministerin Anja Karliczek in Erfurt

Die Förderung der beruflichen Bildung gehört zu unseren politischen Schwerpunkten.

Gerade kleinere Betriebe fördern vor Ort ganz konkret Talente und Fähigkeiten von Menschen mit Herzblut und viel Engagement. Davon profitieren die Auszubildenden heute und die Betriebe mit fähigen Fachkräften morgen. Gleichzeitig steigt aber auch die Suche nach jungen Menschen, die eine Ausbildung anstreben.

Aktuell wird die Novelle des Berufsbildungsgesetzes in Berlin diskutiert. Sie soll Anfang 2020 in Kraft treten.

Unter anderem möchten wir damit transparente berufliche Fortbildungsstufen schaffen. In der höherqualifizierenden Berufsbildung soll es künftig Abschlussbezeichnungen wie Berufs-Bachelor und Berufs-Master geben. Der „Meister“ wird durch die Verbindung mit den einheitlichen Abschlussbezeichnungen gestärkt.

Auch Mindestvergütungen für Auszubildende sind geplant. Erst Anfang April haben sich Arbeitgeberpräsident Ingo Kramer und der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann auf eine Höhe verständigt. Demnach sollen ab 2020 im ersten Lehrjahr 515 €, im zweiten 615 € und im dritten Lehrjahr 715 € gezahlt werden. Auch Handwerkspräsident Hans Peter Wollseifer hat dieser Entscheidung zugestimmt. Mich interessiert natürlich, ob dies die kleinen und mittleren Unternehmen in Thüringen auch so sehen.

Gerne möchte ich deshalb Ihre Meinungen und Anregungen in den Gesetzgebungsprozess einfließen lassen und lade Sie deshalb zu dem Gespräch ein:

#### Ausbildung im Fokus

#### Gespräch mit Bundesministerin für Bildung und Forschung

**Anja Karliczek**

am 28. Mai 2019 um 11.45 Uhr

Großer Saal, IHK Erfurt

Arnstädter Str. 34, 99096 Erfurt

Rückmeldungen bitte bis zum 20.05.2019 unter [antje.tillmann@bundestag.de](mailto:antje.tillmann@bundestag.de) oder Tel.: 0361 / 643 19 67